Suche für kl. Bahnhofswirtschaft ordentl.
Büfettfräulein
Meldungen mit Lichtbild und Zeugnissen unt. P 2 an d. Papenburger Zeitg., Papenburg. o11774

Für Kolonialwarengeschäft und kl. Haushalt ehrliches
Mädchen
gesucht, das etwas Kenntnisse besitzt. (cpt9751
Off. unter B B 636 an die Anzeigen-Verwaltung der Zeno, Münster.

Junger (cpt9750
Friseurgehilfe
in angenehme Dauerstellung für sofort oder später gesucht.
Franz Wehoff, Epe i. W.

Erfahrene
Malergehilfen
sucht sofort (cpt9752
J. B. Brinkman, Münster, Friedenstr. 9.

Junger o11845
Bäcker- und Konditorgeselle
auf sofort gesucht.
Heinrich Hams, Rhede, Krs. Borken, Deichstraße.

Zum sofortig. Eintritt
Hausmädchen
gesucht (cpt9746
Hotel Küpper-Fechtrup Münster i. W.

Gesuchte Stellen

Junger (cpt 9743
Schmiedegehilfe sucht Stelle
in Huf- u. Wagenschmiede oder sonst passende Beschäftigung. Zuschriften sind unter B B 633 an Anz.-Verw. der Zeno in Münster zu richten.

Junger
Schmiedegeselle
20 J. alt, sucht Stellung zur weiteren Ausbildung. Zuschriften erbeten an
Gustav Terheiden, Hopsten b. Rheine.

Junger Mann sucht Stellung als o11844
Hausdiener
im Krankenhause od. Hotel. Offerten unter T 5985 an das Bocholter Volksblatt in Bocholt erbeten.

Verkäuferin
21 Jahre alt, kath., 7 Jahre in einem Spezial-Bettengeschäft tätig, im Dekorieren erfahren sucht sich zu verändern. Off. unter B B 632 an Anz.-Verw. d. Zeno, Münster.

Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Barre. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 165 | Freitag, den 15. Juni | Jahrgang 1928

Der erste Versuch zur Bildung der Großen Koalition gescheitert.

Die Deutsche Volkspartei bleibt hartnäckig.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 14. Juni. (Drahtb.)

Die Frage der Regierungsbildung im Reichstag ist am Donnerstag abend überraschenderweise in ein kritisches Stadium eingetreten. Die Besprechung, die der Abgeordnete Müller-Franken am Vormittag mit den Fraktionsvertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei hatte, ließ hoffen, daß die Verhandlungen nunmehr glatt verlaufen würden. Die Vertreter aller Fraktionen außer derjenigen der Deutschen Volkspartei gaben in der interfraktionellen Sitzung hinsichtlich der Forderung der Deutschen Volkspartei, gleichzeitig mit der Regierungsbildung im Reich die Erweiterung der Koalition in Preußen vorzunehmen, ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß die Frage der Regierungserweiterung in Preußen eine Landessache Preußens sei. Der preußische Ministerpräsident Braun hatte, wie Müller mitteilte, in einer Besprechung mit ihm es abgelehnt, den volksparteilichen Forderungen nachzukommen. Braun verwies dabei auf die im Landtag abgegebene Erklärung und betonte im übrigen, daß es unmöglich sei, vom Reiche aus die Länder zu irgend einer Regierungsbildung zu zwingen. Er halte es aus staatspolitischen Gründen für unmöglich, daß die preußische Staatsregierung die Umgruppierung ihrer Zusammensetzung abhängig mache von einer Willensäußerung der Reichsparteien. Er würde darin eine Degradierung des preußischen Staates und eine Verletzung seiner Selbstständigkeit sehen. Die Vertreter des Zentrums wiesen darauf hin, daß in Preußen der ernste Wille bestehe, während der nächsten Tagung des Landtages eine Umbildung der preußischen Regierung vorzunehmen, daß es aber unmöglich sei, in dieser Hinsicht vom Reiche aus irgend einen Druck auf die Länder auszuüben. Auch die Bayrische Volkspartei schloß sich diesem Standpunkt an, ebenso die Sozialdemokraten. Der demokratische Führer Koch-Weser erklärte sich grundsätzlich für seine Fraktion für eine Homogenität der beiden Regierungen, wobei er besonders auf die Reichsreform hinwies. Man könne allerdings mit der Neubildung der Reichsregierung nicht so lange warten, bis auch die preußische Regierung gebildet sei. Unter dem Eindruck der übereinstimmenden Erklärungen der übrigen Parteien schienen die volksparteilichen Unterhändler geneigt, sich mit diesen Erklärungen abzufinden. Am Nachmittag kam dann aber die Ueberraschung. Die volksparteiliche Fraktion trat im Anschluß an das Plenum noch einmal zusammen, um den Bericht ihrer Unterhändler entgegenzunehmen. Hier fand die Auffassung der volksparteilichen Unterhändler, daß die Deutsche Volkspartei an ihrer Forderung zwar grundsätzlich fest halten, aber über den Zeitpunkt der Verbreiterung der preußischen Koalition mit sich reden lassen wolle (in den interfraktionellen Verhandlungen wurde der 10. Juli genannt), keine Zustimmung. Die Fraktion beschloß vielmehr einmütig, an ihrer Bedingung der Gleichzeitigkeit der Regierungsbildung im Reich und in Preußen festzuhalten. Damit desavouierte sie ihren Vorsitzenden Dr. Scholz, der heute mittag für Preußen ein Kompromiß für möglich gehalten hatte, das der Deutschen Volkspartei terminmäßige Sicherungen bot. Dr. Scholz konnte dem Abgeordneten Müller-Franken heute abend nur mitteilen, daß seine Fraktion auf ihrem Standpunkt beharre. Hermann Müller nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und damit war die Besprechung beendet. Im Anschluß daran hat Dr. Scholz auch die Fraktionsvorsitzenden des Zentrum, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei von dem Fraktionsbeschluß unterrichtet.

Damit betrachtete man im Reichstag den ersten Versuch zur Bildung der Großen Koalition als gescheitert. Die Entscheidung darüber, ob er von neuem aufgenommen wird, oder ob bereits jetzt andere Möglichkeiten der Regierungsbildung zu prüfen sind, liegt bei Hermann Müller, dessen Auftrag nicht auf die Große Koalition beschränkt ist. Im Reichstag nimmt man an, daß er zunächst doch noch einmal versuchen wird, das Projekt der Großen Koalition weiter zu verfolgen. Man spricht auch von der Möglichkeit, daß sich nun auch andere Kräfte in die Verhandlungen einschalten, die bisher nicht persönlich daran beteiligt gewesen sind. Erschwert wird die Lage allerdings auch dadurch, daß der Preußische Landtag sich heute vertagt hat und alle Fraktionen deshalb nicht mehr zusammen sind. Ministerpräsident Braun hatte die Absicht, heute abend bis Montag zu verreisen, sodaß weitere Verhandlungen auch mit ihm in den nächsten Tagen nicht geführt werden können.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt heute abend in Anwesenheit des Abgeordneten Hermann Müller und des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun eine Sitzung ab, die mehrere Stunden andauerte und zu folgendem einstimmigen Beschluß führte: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt es aus staatsrechtlichen Gründen ab, auf die preußische Regierung und die preußischen Regierungsparteien einen Druck zur Umbildung der preußischen Regierung auszuüben."

Im Anschluß an die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion begab sich Abgeordneter Müller-Franken zum Reichsaußenminister Dr. Stresemann, um mit diesem eine Besprechung über die gegenwärtige Lage zu haben. In parlamentarischen Kreisen wird dieser Besprechung große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Verhandlungen beigemessen. Vorher war der preußische Ministerpräsident Otto Braun bei Stresemann.

Bei der Hartnäckigkeit mit der die Deutsche Volkspartei gegenüber der Auffassung aller anderen für die Regierungsbildung in Frage kommenden Parteien auf ihrem Standpunkt beharrt, wird die Lage allgemein in parlamentarischen Kreisen als ernst beurteilt, wenngleich man die Hoffnung auf ein Zustandekommen der Großen Koalition noch nicht aufgeben will.

Die Große Koalition bleibt im Vordergrund.

◆ Berlin, 14. Juni.

Wie in den späten Abendstunden in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Hermann Müller die Absicht, trotz der Schwierigkeit der Preußenfrage die Große Koalition zunächst weiter zu verfolgen, sodaß gegenwärtig die Frage der Weimarer Koalition nicht akut ist. Hermann Müller hat mit dem Außenminister Dr. Stresemann die gesamte politische Lage durchgesprochen. In unterrichteten Kreisen mißt man der morgigen Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei erhebliche Bedeutung bei, weil sich zeigen muß, ob die Fraktion angesichts der ernsten Bemühungen Hermann Müllers um die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung nun nicht doch noch einmal die Kompromißmöglichkeiten überprüft, die in einer fundierten Zusage für einen bestimmten Termin der Umbildung der Preußenregierung liegen könnten.

Die Rechtfertigung Dr. Brauns'.

„Der Deutsche", das Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschäftigt sich mit den Bemühungen Müller-Frankens, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Amte zu halten, die bekanntlich Erfolg gehabt haben. Die Bemühungen der Sozialdemokraten um Brauns geben dem Blatt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß sowohl die politische wie die gewerkschaftliche Sozialdemokratie in den letzten Jahren den Arbeitsminister des Zentrums aufs schärfste angegriffen habe. Nun komme dieselbe Sozialdemokratie und ersuche den vielgelästerten und so übel verschrienen Arbeitsminister um sein Verbleiben im Amt. „Es ist offenbar", schreibt das Blatt, „die sozialdemokratische Führung hält den jetzigen Arbeitsminister für durchaus brauchbar und sozial zuverlässig, andernfalls wäre das Bemühen, ihn als Minister zu halten glatter Arbeiterverrat. Offenbar ist damit aber auch, daß die Sozialdemokratie den Arbeitsminister bisher lediglich aus rein agitatorischen Gründen so arg in Mißkredit brachte. Es kann nichts schaden, wenn sich vor allem jene Leute dieses merken, die sich von dem wahlpolitisch bestimmten, unehrlichen Verhalten der Sozialdemokratie den Kopf verdrehen ließen."

Das Blatt schlägt dem Arbeitsminister vor, sich von der S. P. D. die Zusicherung geben zu lassen, daß er bezw. seine Tätigkeit künftig gerechter und weniger demagogisch beurteilt werden würde. Wenn die Sozialdemokratie heute triumphierend darauf hinweise, daß rund 400 000 Zentrumsarbeiter jetzt sozialdemokratisch gewählt hätten, so sei dieser Abmarsch zu einem großen Teil auch auf die Hetze gegen den Arbeitsminister zurückzuführen, die auch der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht gerade förderlich gewesen sei.

Die Wahl des Reichstagspräsidiums.

Loebe (Soz.) wieder Reichstagspräsident, Esser (Ztr.) erster, von Kardorff (D. Vpt.) zweiter und Graef (D. Nat.) dritter Vizepräsident.

Kein kommunistischer Vizepräsident.

Ein schlechter Anfang für die Deutschnationalen.

Von unserer Berliner Redaktion.

+ Berlin, 14. Juni. (Drahtb.)

Das Interesse an den Vorgängen im Reichstag war am zweiten Tage bereits bedeutend weniger wach als am Tage der Eröffnung. Vor dem Parlament hatte sich nur eine kleine Schar Schaulustiger eingefunden. Auf den Tribünen machten sich erhebliche Lücken bemerkbar. Doch gerade die Wahl des Präsidiums, die im allgemeinen kein aufregendes Schauspiel zu bieten vermag, war diesmal mit so viel bemerkenswerten Momenten gespickt, daß man lange in der parlamentarischen Geschichte blättern muß, um ähnliche Vorfälle zu entdecken. Ueber die drei Stunden dauernde Sitzung des Reichstages kann das Motto geschrieben werden: „Dummheit muß bestraft werden." Diese Riesendummheit, geboren aus der grenzenlosen Verärgerung über den Wahlausfall, machten nämlich die Deutschnationalen, als sie bei der Wahl des ersten Präsidenten auf Verlangen der Völkischen unbeschriebene Stimmzettel abgaben, d. h. sich der Stimme enthielten. Wenn die Deutschnationalen auf politischem Gebiet den Sozialdemokraten die völlig kalte Schulter zeigen, so läßt sich das verstehen. Aber gegen den Abgeordneten Loebe, der acht Jahre in vorbildlicher Weise das schwierige Amt eines Präsidenten bewältigt hat, läßt sich in seiner Eigenschaft als Präsident doch nicht das mindeste einwenden. Die offizielle Haltung der Deutschnationalen, die an dem Ergebnis nicht das geringste zu ändern vermochten, war daher zwecklos. Die Strafe für diesen politischen Unsinn folgte deshalb auch sofort.

Der Stärke, ihrer Fraktion entsprechend machten die Deutschnationalen Anspruch auf Besetzung des Postens des ersten Vizepräsidenten geltend, und sie schlugen auch ihren Fraktionskollegen Graefe-Thüringen vor. Die Sozialdemokraten machten ihnen jedoch, um Gleiches mit Gleichem zu vergelten, einen dicken Strich durch die Rechnung, indem sie ihrerseits den Zentrumsabgeordneten Esser als ersten Vizepräsidenten in Vorschlag brachten. Aus der Stichwahl, die erforderlich wurde, ging Abgeordneter Esser mit großer Mehrheit als Sieger hervor. Die Deutschnationalen begnügten sich mit dieser Niederlage nicht, sondern benannten als Kandidaten für den zweiten Vizepräsidentenposten wiederum Graef-Thüringen, und abermals präsentierten die Sozialdemokraten einen Gegenkandidaten, nämlich den volksparteilichen Abgeordneten von Kardorff, der gleich im ersten Wahlgang mit einer Stimmenmehrheit gewählt wurde. Nunmehr hätte man eigentlich glauben müssen, Abg. Graef würde sich nach den zwei Niederlagen jede weitere Benennung verbieten. Doch der Führer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Scholz, glaubte ihn nochmals als Kandidaten für den dritten Vizepräsidentenposten benennen zu können. Kaum war das geschehen, als auch schon der demokratische Abgeordnete Koch-Weser Frau Dr. Bäumer als Gegenkandidatin vorschlug. Da die Sozialdemokraten erklären ließen, sie würden für Frau Bäumer stimmen, war mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Deutschnationalen bei der Besetzung des Präsidiums völlig ausscheiden könnten. Bei einer Stichwahl entschied man sich jedoch für den Abgeordneten Graef, der somit an vierter Stelle im Präsidium sitzt. Er kann sich bei seinen eigenen Fraktionskollegen bedanken, die ihn mit ihrer Geschicklichkeit um zwei Stufen zurückbefördert haben.

Die Wahl der Schriftführer folgte. Die Auszählung wurde erst nach der Sitzung vorgenommen. Als Präsident Loebe den Vorschlag machte, die weiteren Punkte der Tagesordnung am Freitag zur Diskussion zu stellen, fühlte sich ein Tribünenbesucher berufen, eine Ansprache an das Parlament zu halten. Kaum waren jedoch einige Worte dem Gehege seiner Zähne entflohen, als er von Parlamentsdienern auch schon an die frische Luft gesetzt war. Selbst die Kommunisten benahmen sich bei diesem Zwischenfall verhältnismäßig ruhig und begnügten sich mit einem verständnisinnigen Lächeln.

Nach der Freitagssitzung wird sich das Parlament bis zu dem Zeitpunkt vertagen, wo ein neues Kabinett sich vorzustellen in der Lage sein wird. Wie lange sich die diesbezüglichen Verhandlungen noch hinziehen, kann vorerst nicht gesagt werden.

*

Drei Stunden Abstimmungen.

:: Berlin, 14. Juni.

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht als erster Punkt die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Abg. Dittmann (Soz.) schlägt für das Amt des Reichstagspräsidenten den bisherigen Präsidenten Loebe vor. (Beifall).

Abg. v. Guérard (Z.): Ich beantrage die Wiederwahl unseres hochverehrten früheren Präsidenten Loebe durch Zuruf.

Abg. Stöcker (Kom.) erklärt, die kommunistische Fraktion erhebe entsprechend ihrer Fraktionsstärke Anspruch auf den Posten des dritten Vizepräsidenten. Da die Sozialdemokraten die Zustimmung an bestimmte Bedingungen geknüpft hätten,

würden die Kommunisten aus Protest für jeden Wahlgang eigene Kandidaten aufstellen.

Abg. Frick (Nat.-Soz.) wird mit dem Rufe empfangen: „Jetzt kommt der Konkurrent!" Er erklärt, der Antrag auf Wahl durch Zuruf bedeute ein Vertrauensvotum für den bisherigen Präsidenten. Wir Nationalsozialisten haben keinen Anlaß, dem Präsidenten Loebe unser Vertrauen auszusprechen (Rufe bei der Mehrheit: Das ehrt ihn! „Lebhafter Beifall). Wir sprechen ihm vielmehr unser schärfstes Mißtrauen aus schon wegen seiner Eigenschaft als Marxist (Gelächter). Wir widersprechen der Wahl durch Zuruf.

Die Wahl des Präsidenten

wird hierauf durch Stimmkarten vorgenommen. Als ihr Ergebnis verkündet Alterspräsident Bock: Es sind 446 Stimmen abgegeben worden, davon

318 für den Abgeordneten Loebe.

(Beifall), 46 Stimmen für den Abgeordneten Thälmann (Komm.), 12 für den Abgeordneten Dr. Frick (Natl.-Soz.) und 70 unbeschriebene Zettel. Der Abgeordnete Loebe ist damit zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Präsident Loebe erklärt sich unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit zur Annahme der Wahl bereit und führt aus: Zum dritten Mal führt mich Ihr Wille in dieses hohe verantwortungsvolle Amt. Ich kann den herzlichen Dank für dieses große Maß von Vertrauen nur verbinden mit der Versicherung, daß diese Erfahrungen einer fast achtjährigen Amtsführung mich befähigen sollen, die mir übertragene Aufgabe vollkommener zu lösen. Als solche sehe ich an

die Wahrung der Würde des Parlamentes.

(Lebhafter Beifall. Zuruf bei den Kommunisten.) Herr Köhnen, ich habe angenommen, daß Sie von nun an dabei helfen wollen. (Heiterkeit), — weiter die Förderung seiner Arbeiten und Unparteilichkeit nach allen Seiten des Hauses. (Beifall). Ich bitte zur Erfüllung dieser Aufgaben um Mithilfe bei allen Parteien. Der neue Reichstag steht vor alten Problemen, die noch nicht gelöst werden konnten,

die Prüfung des Wahlsystems, die Revision der Geschäftsordnung,

um zu einer rationelleren, den modernen Bedürfnissen angepaßten Lösung zu kommen und zur Wahrung derjenigen Verhandlungsformen, die das Volk von seiner höchsten Vertretung erwarten kann (Lebhafter Beifall. Unruhe bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.) Seit dem Jahre 1920, wo ich zum ersten Mal dieses hohe Amt bekleiden durfte, sind wir politisch ein gutes Stück vorwärts gekommen, aber noch immer lastet auf uns ein schwerer Druck, die alten politischen Verpflichtungen, die Reparationsabgaben, die in diesem Jahre die Höchstsumme erreichen, die Besetzung deutschen Gebietes.

Diese harte Kriegslast

hat die Erfüllung vieler berechtigter Wünsche verhindert. Die Ausländer bekommen ein falsches Bild von den deutschen Lasten, wenn sie es zu gewinnen suchen auf den üblichen großen Straßen des Weltverkehrs. Die Last dieser Kriegstribute wird an anderen Stellen erarbeitet und durch Entbehrungen getragen beim deutschen Mittelstand, der noch immer nicht eine gesunde Grundlage für seine Existenz hat finden können, bei den Angestellten und Arbeitern, die vergeblich ständige Beschäftigung suchen, bei den Bauern, deren Notlage von allen Parteien anerkannt worden ist. (Beifall). Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß in der vorliegenden Tagungsperiode es uns möglich sein wird,

mit der Begrenzung der Reparationssumme, mit der Kürzung der Räumungsfristen die gesunde Grundlage zu erreichen,

für die Erfüllung der nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Wünsche, dann wird es uns mit größerem Nachdruck möglich sein, jene Politik der Völkerversöhnung und Verständigung fortzusetzen, für die der Ausfall der Wahlen eine so überwältige Bekräftigung gegeben hat. (Beifall).

Der Präsident widmet dann, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, den verstorbenen Abgeordneten Gildemeister, Seeger, Geck und Dr. Heinze Worte ehrenden Gedenkens. Er dankt dann unter lebhafter Zustimmung des Hauses dem Alterspräsidenten Bock für seine Tätigkeit. Er dankt weiter den Deutschen, die aus dem Auslande den neuen Reichstag beglückwünscht haben.

Bei der nun folgenden

Wahl des ersten Vizepräsidenten schlägt

Abg. Schulz (Bromberg (D. Ntl.) im Namen der deutschnationalen Fraktion den bisherigen Vizepräsidenten Graef (Thüringen) vor.

Abg. Stöcker (Komm.) widerspricht diesem Vorschlag. Abg. Koenen (Komm.) ruft: Graef, der Hausknecht! Präsident Loebe ruft den Abg. Koenen zur Ordnung. (Rufe bei den Kommunisten: Sie sind ja schnell dabei!) Präsident Loebe: Der Präsident Schwenk (der kommunistische Vizepräsident im Preußischen Landtag) war noch schneller mit dem Ordnungsruf da.

Abg. Dittmann (Soz.): Bei der Wahl des Präsidenten haben die Deutschnationalen weiße Stimmzettel abgegeben. Sie haben damit bekundet, daß sie nicht Willens sind, den Anspruch der stärksten Fraktion auf den Präsidentenposten anzuerkennen. Aus diesem Grunde wird bei der jetzigen Wahl die sozialdemokra-

Die Mißtrauensanträge im Landtag abgelehnt.

Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei.

× **Berlin, 14. Juni.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung protestierte der deutschnationale Abg. Hilleger-Spiegelberg namens seiner Fraktion gegen die Auffassung des preußischen Landwirtschaftsministers, daß die Erhöhung der Schweinepreise ausschließlich sein, des Ministers, Verdienst sei.

Dann wurden einige Anträge der Deutschnationalen und des Zentrums auf Entlastung der leistungsschwachen Schulverbände

an die Ausschüsse überwiesen. Zu der sofortigen Ueberweisung des nationalsozialistischen Antrages auf Aufhebung des Redeverbotes für Adolf Hitler an den Hauptausschuß, der von den Sozialdemokraten widersprochen wurde,

erklärten die Nationalsozialisten, daß sie von jetzt an bei jeder Gelegenheit von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen würden.

Dann wurde die Debatte über die Bergarbeiterentlassungen und Zechenstillegungen fortgesetzt.

Abg. Lange-Oberhausen (D. Vpt.) wies auf die schwierige Absatzlage beim deutschen Bergbau hin. Es sei keine Frage, daß die Nachricht, die Zeche „Roland" solle stillgelegt werden, überraschend gekommen sei. Von Schwierigkeiten sei bisher keine Rede gewesen. Die Interessen der Gemeinde Oberhausen würden schwer geschädigt werden. das Schicksal der Bergarbeiter würde tief zu bedauern sein. Es wäre darum sehr erfreulich, wenn Mittel und Wege gefunden würden, den Betrieb der Zeche aufrechtzuerhalten. Der Redner setzte sich für die Herabsetzung der Eisenbahntarife ein, um die deutsche Kohle wettbewerbsfähig zu machen. Weitere Möglichkeiten zur besseren Entwicklung lägen auf dem Gebiete des Wasserstraßenbaues, der Ferngasversorgung usw.

Die schwierige Lage des Bergbaues in Deutschland

sei schon daran zu erkennen, daß selbst eine staatliche Gesellschaft wie die von Recklinghausen 1450 Arbeiter habe entlassen müssen. Die Nationalisierungen haben vorgenommen werden müssen und es ist leider Tatsache, daß wir unter dem Druck internationaler Verhältnisse stehen.

Weiter beteiligten sich die Abg. Hartmann (Dem.), Grüter (Wirtschaftspartei), Pohl (D. Vpt.) und Look an der Debatte, doch brachten sie keine neuen Gedanken vor.

In seinem Schlußwort erklärte Abg. Sobottka (K.) u. a., der Reichsarbeitsminister Brauns habe das Versprechen, den Bergarbeitern generell den Sieben-Stunden-Arbeitstag zu verschaffen, nicht gehalten. Der Redner unterbrach hierauf seine weiteren Ausführungen, da inzwischen die für die

Abstimmung über die Mißtrauensanträge

festgesetzte Zeit herangekommen war.

Die Abgeordneten Steinhoff (Dnatl.) und Ladendorff (Wirtsch. P.) erklärten, daß sie dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett zustimmen, ohne sich die Begründung zu eigen zu machen.

Zuerst wurde

der kommunistische Mißtrauensantrag

zur namentlichen Abstimmung gestellt. Dafür stimmen außer den Antragstellern auch die Deutschnationalen, die Deutsche Fraktion, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten, während sich die Deutsche Volkspartei der Stimme enthielt. Der Antrag wurde

mit 222 gegen 168 Stimmen bei 33 Stimmenthaltungen der Deutschen Volkspartei abgelehnt.

(Beifall bei den Regierungsparteien. Rufe bei den Deutschnationalen: „Die neue Regierungspartei!" Abg. Kube (Nat.-Soz.) ruft: „Von roten Ketten macht Euch frei . . .!")

Der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett war damit erledigt. Namentlich abgestimmt wurde dann über den

deutschnationalen Antrag gegen den Kultusminister,

und zwar zunächst über den ersten Teil, worin allgemein das Verhalten des Kultusministers mißbilligt wird.

Abg. Pieck (K.) erklärte, daß die Begründung dieses deutschnationalen Antrages mit der nicht ausreichenden Zurückweisung des religionsfeindlichen Verhaltens des Schulrates Kurz in Neumark eine nicht zu überbietende Heuchelei darstelle (Präsident Bartels rief den Redner zur Ordnung). Die Kommunisten würden daher sich an der Abstimmung nicht beteiligen. (Lebhafte Oho-Rufe rechts.)

Der Antragsteil wird

mit 228 gegen 153 Stimmen abgelehnt.)

Für diesen Passus stimmte auch die Deutsche Volkspartei, während sich die Kommunisten an der Abstimmung nicht beteiligten.

Bevor noch die Abstimmungen abgeschlossen waren, beantragte Abg. Pieck (Komm.) die

sofortige Herbeirufung des Ministerpräsidenten.

Er begründete das damit, daß in der Presse jetzt behauptet werde, Ministerpräsident Braun habe erklärt, er wolle spätestens bis Herbst die Regierungserweiterung durch Einbeziehung der schwerkapitalistischen Deutschen Volkspartei herbeiführen. Der Ministerpräsident solle erklären, ob diese Pressenachrichten zutreffen.

Dieser Antrag wurde zur sofortigen Beratung gestellt.

Abg. Kasper (Komm.) meinte in der Debatte, noch nie seien die Wähler so enttäuscht worden, wie diesmal durch die 136 Mann-Fraktion der Sozialdemokraten, die die arbeiterfeindliche Volkspartei in die Regierung einbeziehen wolle.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Pieck wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen, Völkischen und Wirtschaftspartei

unter großem Lärm abgelehnt.

Dann wird über den zweiten Teil des deutschnationalen Antrages abgestimmt, der dem Kultusminister das Mißtrauen ausspricht.

Auch diesmal beteiligten sich die Kommunisten nicht an der Abstimmung, während die Deutsche Volkspartei für den Antrag stimmte.

Auch dieser Teil des deutschnationalen Antrages wurde

mit 216 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

Dann wurde die unterbrochene Aussprache über die Bergarbeiteranträge fortgesetzt, nach kurzen weiteren Darlegungen des Abg. Sobottka (Komm.) aber dann geschlossen. Die Anträge wurden an den Handels- und Gewerbeausschuß verwiesen.

Gegen die Antragsteller abgelehnt wurde nach kurzer Debatte ein kommunistischer Antrag, der im Zusammenhang mit dem Streik der Schiffer und Hafenarbeiter des Rheinstroms das Staatsministerium ersuchte, die Polizei aus den Streikgebieten zurückzuziehen und bei der Reichsregierung eine Verbindlichkeitserklärung des am 4. Juni gefällten Schiedsspruches zu verhindern.

Einige Anträge auf Einsetzung eines Ost- und eines Westausschusses gingen an den Geschäftsordnungsausschuß.

Um 17 Uhr vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 19. Juni, 13 Uhr. Kleine Vorlagen.

*

Wie das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, wird sich der Abgeordnete Graef (Dtnl.) erst am Freitag entscheiden, ob er die Wahl zum dritten Vizepräsidenten annimmt. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Abgeordnete Graef seine Entscheidung erst nach Rücksprache mit seiner Fraktion treffen wird.

Der Kommunist Pieck hat sein Landtagsmandat niedergelegt.

)(**Berlin, 14. Juni.** Der bisherige Fraktionsführer der Kommunisten im Preußischen Landtag, der Abgeordnete Wilhelm Pieck hat sein Landtagsmandat niedergelegt. Er wird fortan nur im Reichstag sein Abgeordnetenmandat ausüben. Für Pieck kommt der kommunistische Abgeordnete Stadtinspektor Raddatz-Neukölln in den Preußischen Landtag. Nachfolger Piecks in seiner Stellung als Fraktionsführer ist der Abgeordnete Dr. Meyer-Ostpreußen.

Der preußisch-waldeckische Staatsvertrag.

Der Preußische Landtag hat am Mittwoch den ihm zugegangenen Gesetzentwurf über die Vereinigung Waldecks mit Preußen seinem zuständigen Ausschuß zur Durchberatung überwiesen. Der Gesetzentwurf enthält den zwischen der preußischen und der waldeckschen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag, der vom Landtag des Landes Waldeck bereits gebilligt worden ist. Auch vom Preußischen Landtag ist nicht zu befürchten, daß er Waldeck verwehren wird, preußisch zu werden.

Der zwischen den beiden Ländern bestehende, im wesentlichen die Verwaltung Waldecks durch Preußen regelnde Staatsvertrag von 1883, wurde preußischerseits am 29. Juni 1926 gekündigt; da die Kündigungsfrist zwei Jahre beträgt, tritt die Lösung des Vertragsverhältnisses am selben Datum des laufenden Jahres in Kraft. Schon damals hat der Waldeck'sche Landesausschuß den Landesdirektor zu Verhandlungen mit Preußen beauftragt; deren Ergebnis ist der nunmehr vor seiner Annahme stehende Staatsvertrag. In seiner Begründung weist das Preußische Staatsministerium auf die nicht unerheblichen Lasten hin, die sich aus der Vereinigung für Preußen ergeben; trotz dieser Lasten setzt sich das Kabinett für den Vertrag ein, da es diesem ersten Anschluß eines Landes an Preußen nach der Staatsumwälzung besondere politische Bedeutung beimißt. Die zur Durchführung des Staatsvertrages erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 1929 angefordert werden.

Der jetzt zu genehmigende Staatsvertrag und sein Schlußprotokoll sehen vor, daß mit Wirkung vom 1. April 1929 ab das Gebiet des Freistaates Waldeck mit demjenigen des Freistaates Preußen zu einem einheitlichen Staatsgebiet Preußen vereinigt wird; die preußischen Staatshoheitsrechte dehnen sich auf Waldeck aus, und alle Waldeckschen Staatsangehörigen werden unter Erlöschen dieser Eigenschaft preußische Staatsangehörige. Preußens Verfassung, Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung treten an die Stelle der Waldeckschen verfassungsrechtlichen Vorschriften. Im Staatsvertrag ist weiter vorgesehen, daß für den Preußischen Landtag eine Zusatzwahl in der Weise stattfinden soll, daß die Stimmen auf die bei der letzten allgemeinen Wahl im Wahlkreise Hessen-Nassau zugelassenen Wahlvorschläge abgegeben werden und als Reststimmen dem Landeswahlvorschlag zugerechnet werden, an den der Anschluß erfolgt war. Die Zusatzwahlen sollen innerhalb dreier Monate nach der Vereinigung erfolgen. Ab 1. April 1932 oder nach preußischem Ermessen auch schon früher — einige Materien ausgenommen — treten in Waldeck die im Regierungsbezirk Kassel geltenden preußischen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften in Kraft

Preußen sichert das Bestehenbleiben der drei waldeckischen Kreise auf die Dauer von fünf Jahren zu. Im Schlußprotokoll zum Staatsvertrage ist festgelegt worden, daß diese Kreise bei der Vereinigung Waldecks mit Preußen ihre bisherigen Namen behalten. Im Falle einer Zusammenlegung der drei Kreise zu einem Einheitskreis wird dieser den Namen „Kreis Waldeck" erhalten, und berechtigt sein, den waldeckischen Stern im Wappen zu führen. Ein Kreis dieses Namens wird auf der Grundlage des jetzigen waldeckischen Gebietes von Preußen stets erhalten werden. Sitz des Einheitskreises soll die Stadt Corbach sein. Die Kreise werden in die Provinz Hessen-Nassau und den Regierungsbezirk Kassel eingegliedert.

Einen breiten Raum im Staatsvertrag beansprucht die Auseinandersetzung über das Waldeckische Domanialvermögen. Der Wunsch Waldecks, dieses ganz einem zu errichtenden Zweckverband zu überlassen, konnte, wie die Begründung ausführt, nicht erfüllt werden, da dies den Grundsätzen der Billigkeit widersprechen würde. Mit dem Anschluß Waldecks an Preußen werde jeder waldeckische Staatsbürger mitbeteiligt an dem preußischen Staatsvermögen. Die Einbringung des allgemeinen waldeckischen Staatsvermögens in den preußischen Staatsverband enthalte keinen hinreichenden Ausgleich für diesen erheblichen Vorteil, den der waldeckische Staatsbürger durch diese Mitbeteiligung am preußischen Staatsbesitz erlange. Es erschien deshalb angemessen, daß Preußen von den zum Domanialvermögen gehörigen Forsten und Domänen die Abgabe eines Teiles forderte. Staatsvertrag und Schlußprotokoll enthalten dann noch eine Reihe von Bestimmungen, die die Uebernahme staatlicher Einrichtungen (Forsten, Domänen, Straßen, Schulen usw.) und der Beamten regeln.

Es sind in der Hauptsache finanzielle Erwägungen gewesen, die dem kleinen Land den Weg zum Anschluß an Preußen wiesen, nachdem sein Gebietsteil Pyrmont bereits vor sechs Jahren nach vorangegangener Volksabstimmung durch Reichsgesetz mit Preußen vereinigt worden war. Seiner Gebietsfläche nach steht Waldeck unter den deutschen Ländern an fünftletzter Stelle. Die drei Hansastädte und Schaumburg-Lippe sind kleiner. Mit einem Flächeninhalt von 1 055 Quadratkilometern ist Waldeck gut dreimal so groß wie das letztgenannte Ländchen, das es mit 56 000 Einwohnern auch um rund 8 000 übertrifft.

Eine unangenehme Folge dieses Staatsvertrages, auf die wir bereits früher hingewiesen haben, ist für Preußen, daß die bisher von ihm geführte Reichsratsstimme Waldecks in Fortfall kommt, eine weitere Folge vielleicht, daß es auch noch seine siebenundzwanzigste Reichsratsstimme verliert, da nach der Verfassung kein Land durch mehr als zwei Fünftel der Reichsratsstimmen vertreten sein darf. Die Stimmenzahl im Reichsrat beträgt nach dem Fortfall der Waldeckschen Stimme insgesamt 67. 27 ist aber mehr als zwei Fünftel von 67. Wenn es sich auch nur um Bruchteile handelt, so ist es doch möglich, daß, um dem Buchstaben der Verfassung gerecht zu werden, Preußen wieder wie früher auf 26 Reichsratsstimmen beschränkt wird.

Das Phosgengas in Radebeul.

Eine Regierungserklärung im sächsischen Landtag.

◇ **Dresden, 14. Juni.** In einer in der heutigen Landtagssitzung abgegebenen Regierungserklärung zu der von demokratischer und kommunistischer Seite eingereichten Anfrage wegen der Fabrikation und Lagerung von Phosgengas in Radebeul heißt es: Nach dem übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen besteht keine Gefahr für Belegschaft und Publikum. Trotzdem sind aber noch folgende Schutzmaßnahmen getroffen worden: 1. Bis 15. Juli 1928 sind 3000 Kilogramm Phosgen aufzuarbeiten; 2. die restlichen 4000 Kilogramm sind sofort in Eiskellern unterzubringen; 3. mindestens einmal wöchentlich ist durch einen zuverlässigen Betriebsbeamten die Ammoniakprobe an den Flaschenverschlüssen vorzunehmen; 4. die Apparate für erste Hilfeleistung (Gasmasken und Sauerstoffapparate) sind stets in gebrauchsfähigem Zustande bereitzuhalten; 5. vor Wiederaufnahme der Phosgenherstellung ist Anzeige an die Amtshauptmannschaft einzureichen.

Die Amtshauptmannschaft Dresden hat als Polizeibehörde das Erforderliche veranlaßt und sich weitere Maßnahmen ausdrücklich vorbehalten. Nach menschlichem Ermessen ist damit ein solches Maß von Sicherheit erreicht, wie es sich überhaupt bei im täglichen Leben unentbehrlichen Gebrauchsgas praktisch erreichen läßt. Eine Wiederaufnahme der Phosgenherstellung ist für die nächste Zukunft nicht beabsichtigt. Bei ordnungsmäßiger Lagerung von Phosgen in Flaschen nach den bestehenden Vorschriften ist die Wiederholung eines Unglücks, wie es sich in Hamburg ereignete, nicht zu gewärtigen.

Minderheitsregierung in Anhalt.

× **Dessau, 14. Juni.** Wie verlautet, tritt die Deutsche Volkspartei nicht in die Regierung ein, weil eine Einigung in der Ministerfrage nicht zustande gekommen ist. Damit kann die Große Koalition als gescheitert gelten. Es wird zunächst ein Ministerium Deist-Weber gebildet werden, das aus einem Sozialdemokraten und einem Demokraten bestehen wird. Es handelt sich also um eine Minderheitsregierung, die jederzeit gestürzt werden kann, weil den 17 Abgeordneten, auf die sie sich stützt, drei Kommunisten und 16 Abgeordnete der Rechten gegenüberstehen.

Der Reichsrat.

× **Berlin, 14. Juni.** Der Reichsrat erledigte in seiner öffentlichen Vollsitzung vom Donnerstag nachmittag eine Anzahl kleinerer Vorlagen. Mit der Neubesetzung einer Reichsgerichtsratsstelle durch den Oberlandesgerichtsrat Dr. Heinrich Delius-Hamburg erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Angenommen wurde eine Novelle zur Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher, worin die Entschädigung für Reisen anderweitig geregelt wird und weiter auf Antrag Preußens ein Gesetz betreffend die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen. Das bestehende Gesetz über die Erstattung der Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen gilt nur noch bis Ende Juni. Auf Antrag Preußens wurde jede zeitliche Beschränkung dieses Gesetzes aufgehoben.

Stürmische Anti-Hoover-Kundgebungen.

Kansas City, 13. Juni. Vor der Eröffnung der heutigen Sitzung des republikanischen Parteikonvents kam es vor der Konventshalle anläßlich einer Kundgebung von etwa 2000 Farmern, die gegen eine Nominierung Hoovers zum Präsidentschaftskandidaten protestierten und eine staatliche Hilfsaktion für die notleidende Landwirtschaft des mittleren Westens verlangten, zu stürmischen Szenen. Die Farmer versuchten, in die Konventshalle einzudringen, wurden jedoch von einem großen Polizeiaufgebot mit geschwungenen Knüppeln hinausgedrängt, ehe sie den Sitzungssaal erreichten. Die Farmer umlagerten dann lärmend die Konventshalle und riefen: „Wir wollen Hoover nicht! Wieder einmal wirft man die Farmer hinaus! Jeden außer Hoover!" Die Kundgebung der Farmer war offenbar gut vorbereitet. Sie führten bei ihrem Anmarsch eine Musikkapelle mit und trugen z. T. ihre Arbeitskleidung mit den typischen breitrandigen Strohhüten der amerikanischen Farmer. Nachdem sie später nochmals vergeblich versucht hatten, den Eingang zur Kongreßhalle zu stürmen, erklärten die Farmer schließlich, sie würden keinen Versuch mehr unternehmen, sich gewaltsam Einlaß zu verschaffen, sondern heimkehren und am Wahltag im November ihrem Protest den nötigen Nachdruck zu verleihen wissen.

Die ganze republikanische Partei für Hoover.

○ **Kansas City, 14. Juni.** Die Tatsache, daß die Newyorker Abordnung bei dem republikanischen Nationalkonvent sich gestern abend einstimmig für Hoover erklärte, wird als ein sicheres Zeichen betrachtet, daß die republikanische Partei die Wahl des Handelssekretärs zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im allgemeinen fordern wird.

Ein Attentat auf den Schwiegervater des Kaisers von Japan.

◆ **London, 14. Juni.** Einer Agenturmeldung aus Tokio zufolge wird dort jetzt eine bisher von der Zensur unterdrückte Meldung über einen mißglückten Anschlag, der am 14. Mai in Formosa auf den Prinzen Kani, den Schwiegervater des Kaisers, verübt wurde, bekannt gegeben. Danach hatte sich ein Koreaner auf den Kraftwagen des Prinzen gestürzt und einen Dolch auf ihn geworfen, der den Prinzen nicht traf, jedoch den Führer des Kraftwagens leicht verletzte. Der Kraftwagen fuhr eine Zeitlang in wildem Tempo durch die Straßen, während der Chauffeur versuchte, den Angreifer vom Wagen herunterzustoßen. Der Koreaner, der eine Dose Morphium geschluckt hatte, wurde von der Polizei ergriffen und erwartet jetzt seine Aburteilung. Der Generalgouverneur von Formosa ist infolge dieses Vorfalls zurückgetreten.

Die Ursache der Entgleisung des D 47.

Eine amtliche Mitteilung.

((**Nürnberg, 13. Juni.** Die Reichsbahndirektion veröffentlicht ein Communiqué, in welchem gegenüber den vielen Mutmaßungen betont wird, daß die bisherigen mehrtägigen Untersuchungen, die von einer ganzen Reihe der kompetentesten Sachverständigen auf dem Gebiet des Oberbau- und Lokomotivwesens vorgenommen worden sind, eine bestimmte Ursache der Entgleisung des D 47 bei Siegelsdorf immer noch nicht haben finden lassen. Bis heute, so heißt es in der amtlichen Mitteilung, steht nur fest, daß die führende Achse des Drehgestells der Lokomotive zuerst entgleist ist, und zwar gegen das Gesetz der Fliehkraft nach der inneren Seite der Kurve. Ferner, daß betriebsdienstliche Verfehlungen nicht vorliegen und daß Fehler an den Sicherungseinrichtungen und der Gleislage oder mangelnde Festigkeit des Bahnuntergrundes die Entgleisung nicht veranlaßt haben können. Die zwischen den zwei Eisenbahnschranken wahrgenommenen Sprünge und Risse sind ohne jeden Zweifel nicht als Ursache sondern als Folge der Entgleisung anzusprechen, die hauptsächlich dadurch entstanden sind, daß sich das wuchtige Drehgestell der Lokomotive in das Erdreich einbohrte. Die von mehreren Reisenden nach ihren Mitteilungen an die Presse an dem Tage vor der Entgleisung beobachteten Schwankungen und Stöße können, wenn sie sich wirklich auf die kritische Stelle beziehen sollten und nicht örtliche Beachtungsfehler vorliegen, nicht durch Fehler des Gleises verursacht sein, sondern müssen als Erscheinungen angesehen werden, die beim Befahren von Strecken mit 500 bis 600 Meter Halbmesser mit 80 bis 90 km Stundengeschwindigkeit häufig auftreten, in keiner Weise betriebsgefährlich sind, und in der Regel durch die Verschiedenheit in der Abfederung der Wagen und in der Einwirkung des Alters oder der Laufzeit der eisernen Wagen ihre natürliche Erklärung finden. Die Untersuchung wird fortgesetzt und dürfte im Laufe der Aufräumungsarbeiten noch weitere Aufklärung bringen.

Festnahme eines Fassadenkletterers.

((**Berlin, 14. Juni.** Der berüchtigte Hoteldieb und Fassadenkletterer Paul Kaßner, der in den Hotels deutscher Großstädte seine Beutezüge unternahm und auch in zwei Berliner Hotels Diebstähle ausgeführt hat, die ihm 30 000 und 48 000 Mark Beute eintrugen, ist jetzt hier verhaftet worden. Kaßner war schon einmal im April verhaftet worden, wo ihn ein Polizeibeamter sinnlos betrunken an der Ecke Unter den Linden- und Friedrichstraße im Rinnstein aufgelesen hatte. Kaßner hatte aber dann bei dem Transport vom Stadtvogteigefängnis nach Plötzensee eine Luftklappe des Wagens durchbrochen und war geflohen. Alle Bemühungen um seine Wiederauffindung waren vergeblich. Seine Wiederverhaftung hat sich unter seltsamen Umständen vollzogen. Kaßner hatte mit zwei Begleitern morgens um 4 Uhr im Stadtinnern ein Auto genommen und sich nach der Mulackstraße im Norden Berlins fahren lassen. Dort angelangt, zwangen die drei mit schußbereiten Revolvern den Chauffeur zu einer Zickzackfahrt durch die Stadt. Der Chauffeur der völlig eingeschüchtert war, benutzte dann aber einen Augenblick, wo Kaßner den Wagen verlassen und ein Haus betreten hatte, um die beiden Begleiter ebenfalls zum Verlassen des Wagens zu bewegen, um in rasender Fahrt zur nächsten Polizeiwache zu eilen und die Verhaftung der drei gewalttätigen Fahrgäste zu veranlassen. Bei der polizeilichen Untersuchung wurde Kaßner als der langgesuchte Fassadenkletterer erkannt.

Unter Mordverdacht verhaftet.

× **Dresden, 14. Juni.** Im September 1926 stürzte eine Touristin Ilse Treiber aus Dresden in den Kärntner Alpen tödlich ab. Jetzt hat die Dresdener Staatsanwaltschaft den Ehemann der Verunglückten, den Kaufmann Friedrich Louis Treiber, in Untersuchungshaft genommen unter dem Verdacht des Mordes und des Versicherungsbetruges. Treiber hatte seine Frau einige Zeit vor ihrem Tod bei einer Stettiner Versicherungsgesellschaft mit 100000 Mark versichert. Gegen ihn war schon einmal ein Verfahren im Gange, das aber wieder eingestellt wurde. In der nächsten Zeit soll eine Ortsbesichtigung an der Stelle des Unglücks stattfinden.

Todesstrafe für einen Mörder.

÷ **Aachen, 14. Juni.** Das Schwurgericht verurteilte am Donnerstag den Arbeiter Johann Nüsser wegen Ermordung des Cornelius Lynen aus Kirchrath zum Tode und die mitangeklagte Ehefrau Lynen wegen Beihilfe zum Mord zu zehn Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte für beide die Todesstrafe beantragt. In der Verhandlung wurde der Nachweis erbracht, daß Nüsser in der Nacht zum 5. April bei Maubach den Ehemann der Mitangeklagten, Cornelius Lynen, ermordet hat. Nüsser hat bald nach seiner Verhaftung gestanden, daß er den Mord auf Anstiftung seiner Geliebten, der Frau Lynen, begangen habe. Die Verhandlungen fanden zum Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.